



Datenschutzhinweise für Betroffene

Der Umgang des Regierenden Bürgermeisters von Berlin - Senatskanzlei - mit Ihren Daten und Ihre Rechte
Informationen nach Artikeln 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO

Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Abteilung Zentrale Steuerung, Referat Zentrales Finanzmanagement - ZS B - der Senatskanzlei sowie über Ihre Betroffenenrechte:

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche/r im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei
Chef der Senatskanzlei Florian Graf
Jüdenstr. 1, 10178 Berlin
Telefon: +49 30 9026-0
E-Mail: datenschutz@senatskanzlei.berlin.de

Sie erreichen unsere/n **Datenschutzbeauftragte/n** unter:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei
Datenschutzbeauftragte/r
Jüdenstr. 1, 10178 Berlin
Telefon: +49 30 9026-0
E-Mail: behDSB@senatskanzlei.berlin.de

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Personenbezogene Daten sind nach Art. 4 Nr. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, Adresse und anderen Kontaktdaten oder zu einem oder mehreren persönlichen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

Die Abteilung Zentrale Steuerung, Referat Zentrales Finanzmanagement - ZS B - verarbeitet im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung bezüglich der Zahlbarmachung und Aufbewahrung von Eingangsrechnungen mit Bewirtungsanteil oder sonstigen geldwerten Vorteilen personenbezogene Daten wie

- Vor- und Nachname
- Funktion, Position
- Unternehmen, Behörde, Betriebszugehörigkeit

Es ist im Rahmen der Tätigkeiten nicht möglich, mit anonymisierten oder pseudonymisierten Daten zu arbeiten.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher rechtlichen Grundlage?

Wir verarbeiten Ihre Daten insbesondere zur Erfüllung von Nachweis- und Aufzeichnungspflichten zu Bewirtungskosten und sonstigen geldwerten Vorteilen gemäß §§ 4, 37b EStG.

Die Abteilung Zentrale Steuerung, Referat Zentrales Finanzmanagement - ZS B - verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten unter Wahrung des Datenschutzes und nutzt diese nur für die Erfüllung der steuerrechtlichen Pflichten im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen aufgrund einer der nachfolgend aufgeführten Rechtsgrundlagen:

- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. c) DSGVO) i.V.m. § 4 Abs. 5 Nr. 2 EStG und Nr. 2.10, Anlage 1 zu § 71 LHO Berlin

4. Wer bekommt meine Daten (Empfänger)?

Das für die Lohnsteuer zuständige Betriebsstättenfinanzamt hat gemäß § 42f EStG ein Prüfungsrecht, welches auch die Eingangsrechnungen mit Bewirtungsanteil oder sonstigen geldwerten Vorteilen umfasst und bei dem die Senatskanzlei zur Mitwirkung verpflichtet ist.

Der Rechnungshof von Berlin hat gemäß § 90 LHO Berlin ein Prüfungsrecht. Sobald der Rechnungshof von Berlin von seinem Prüfungsrecht Gebrauch macht, erhält er in gleichem Maß Zugang zu diesen personenbezogenen Daten wie das Finanzamt.

<p>5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?</p>	<p>Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), sog. Drittstaaten findet nicht statt.</p>
<p>6. Wie lange werden meine Daten gespeichert?</p>	<p>Soweit sich aus gesetzlichen Aufbewahrungsfristen nichts Anderes ergibt, löschen wir Ihre Daten 10 Jahre nach Abschluss des Haushaltsjahres, in dem die Aufbewahrungszeit endet.</p>
<p>7. Welche Datenschutzrechte habe ich (Betroffenenrechte)?</p>	<p>Jede betroffene Person hat gegenüber der Senatskanzlei das Recht</p> <ul style="list-style-type: none"> • auf Auskunft über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten (dazu gehören auch Auskünfte über Zweck, Empfänger und Dauer der Speicherung) (Art. 15 DSGVO), • auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), • auf Löschung (Art. 17 DSGVO), • auf Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit (Art. 18 und 20 DSGVO) sowie • der Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit zu widersprechen (Art. 21 DSGVO). Legen Sie Widerspruch ein, werden Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet. Eine Ausnahme besteht, soweit zwingende schutzwürdige Gründe bestehen, die gegenüber Ihren Interessen überwiegen. <p>Eine einmal erteilte Einwilligung kann jederzeit gegenüber der Senatskanzlei mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt. In diesem Fall können wir Ihnen möglicherweise mit Ihrem Anliegen nicht mehr helfen. Der Widerruf ist zu richten an die in Ziff. 1 genannte Kontaktadresse (Datenschutzbeauftragte/r).</p> <p>Zur Wahrung aller in dieser Ziffer genannten Rechte kann sich jeder Betroffene an den/die Datenschutzbeauftragte/n der Senatskanzlei (siehe Ziffer 1) wenden.</p> <p>Zudem können Sie sich - wenn Sie der Auffassung sind, dass die Senatskanzlei bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat - mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Betroffene können ihre Beschwerde an die Behörde ihres Wohnsitzes, grundsätzlich aber auch an jede andere Datenschutzaufsichtsbehörde richten. Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde für die Senatskanzlei ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die sie wie folgt kontaktieren können:</p> <p>Alt-Moabit 59-61 10555 Berlin Tel.: +49 30 13889-0 E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de</p>
<p>8. Besteht für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?</p>	<p>Es besteht keine Verpflichtung personenbezogene Daten bei Anfragen bzw. Anliegen der Abteilung Zentrale Steuerung, Referat Zentrales Finanzmanagement - ZS B - zur Verfügung zu stellen. Die Bereitstellung einer Sachzuwendung in Form von Bewirtungen oder von sonstigen geldwerten Vorteilen kann allerdings nur erfolgen, wenn notwendige Daten aufgezeichnet werden.</p>
<p>9. Besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung oder eine Profilbildung?</p>	<p>Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet ebenso wie das Erstellen von Nutzerprofilen (Profilbildung/Profiling) gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO <u>nicht</u> statt.</p>